

Antrag 186/I/2025**AG Migration und Vielfalt LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Menschenrechte sind unverhandelbar****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)**

1 Die SPD lehnt weitere Verschärfungen in der Migrations-
2 politik ab. Wir bekräftigen:

3

4 • Keine Zurückweisungen von Schutzsuchenden an
5 der Grenze trotz Asylgesuche, was gegen die Genfer
6 Flüchtlingskonvention und das Grundrecht auf Asyl
7 verstößt.

8 • Keine Ausweitung von Abschiebungen, insbesonde-
9 re in Krisenländer wie Afghanistan und Syrien, trotz
10 der dortigen Menschenrechtslage.

11 • Keine erweiterten Möglichkeiten der Ausbürgerung.
12 Dadurch werden die Rechte von Eingebürgerten ein-
13 geschränkt und insbesondere Doppelstaatler:innen
14 zu Deutschen zweiter Klasse gemacht.

15

16 Die SPD setzt sich dafür ein, dass das individuelle Recht
17 auf Asyl nicht weiter ausgehöhlt wird. Abschottung, Ab-
18 schreckung und Entrechtung dürfen keine Grundlage für
19 Migrationspolitik sein.

20

21 Stattdessen fordern wir die sozialdemokratischen Mitglie-
22 der der Regierung und des Parlaments ausdrücklich auf:

23

24 • Faire und rechtsstaatliche Asylverfahren weiterhin
25 in Deutschland zu gewährleisten.

26 • Für einfachen Zugang zu Sprachkursen, Bildung und
27 Arbeit als Grundlage für gelingende Integration wei-
28 terhin zu sorgen.

29 • Den uneingeschränkten Erhalt und die Ausweitung
30 des Familiennachzugs für Geflüchtete mit subsidiä-
31 rem Schutz zu garantieren. Familien gehören zu-
32 sammen, und der Nachzug von Angehörigen ist es-
33 senziell für Integration und psychische Stabilität.

34

35 Um die Vereinbarkeit migrationspolitischer Entscheidun-
36 gen mit den Grundwerten der SPD sicherzustellen, wird
37 ein jährlicher Bericht eingeführt, der allen Parteigliede-
38 rungen zugänglich ist. Diese Berichte sind von der SPD
39 oder einer von ihr benannten Sachverständigen zu erstel-
40 len. Sie enthalten eine Analyse der aktuellen migrations-
41 politischen Lage, eine Bewertung geplanter Maßnahmen
42 sowie eine Prüfung, inwieweit diese mit Menschenrech-
43 ten und humanitären Verpflichtungen, beispielsweise aus
44 Völkerrechtsabkommen, im Einklang stehen.

45

46

47

48 Begründung

49 Die gegenwärtigen politischen Bestrebungen machen
50 deutlich, dass eine restriktive Migrationspolitik verfolgt
51 wird, die mit den Grundwerten der SPD nicht vereinbar ist.

52

53 Die diskutierten Maßnahmen stellen eine drastische Ver-
54 schärfung dar, die nicht nur das individuelle Asylrecht aus-
55 höhlt, sondern auch das Leben von Schutzsuchenden un-
56 nötig erschwert.

57

58 Besonders besorgniserregend Punkte sind die Möglichkeit
59 von Zurückweisungen an den Grenzen trotz eines Asylge-
60 suchs sowie die geplanten Abschiebungen in Länder, in
61 denen nachweislich Gefahr für Leib und Leben besteht.
62 Dies verstößt gegen das Grundrecht auf Asyl und gegen
63 internationale Schutzkonventionen. Ein faires Verfahren
64 muss jedem Menschen gewährt werden, unabhängig von
65 Herkunft oder Aufenthaltsstatus.

66

67 Zudem wird durch die geplanten erweiterten Möglichkei-
68 ten der Ausbürgerung die Gleichbehandlung von Doppel-
69 staatler:innen infrage gestellt.

70

71 Ein weiteres zentrales Problem ist die Einschränkung des
72 Familiennachzugs für subsidiär Schutzberechtigte. Men-
73 schen, die in Deutschland Schutz finden, dürfen nicht dau-
74 erhaft von ihren engsten Angehörigen getrennt werden.
75 Anstatt den Familiennachzug weiter zu begrenzen, muss
76 er ausgeweitet werden, um humanitäres Leid zu verhin-
77 dern und Integration zu fördern.

78

79 Unsere Partei darf diesen Kurs nicht mittragen. Wir ste-
80 hen für eine solidarische, gerechte und menschenrechts-
81 basierte Politik. Daher fordern wir ein klares Signal: Unse-
82 re Partei steht kompromisslos für Menschenrechte ein!

83